

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Lienhard	A plant im Raum B einen Take Away-Stand, bei welchem er Hotdogs verkaufen möchte. Sitzgelegenheiten oder Stehtische sind keine geplant. Die Gemeinde hat nun Bedenken bezüglich der Öffnungszeiten und ersucht Sie um Rat.	Wir befinden uns hier im Bereich Handel & Gewerbe, bzw. genauer im Gastgewerbe. Dabei sind massgebend: Gastgewerbegesetz (GGG) sowie Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) und die entsprechenden Verordnungen.
		Welches Gesetz ist denn auf den Take Away-Stand anwendbar?	Das GGG ist eher nicht anwendbar, da kein Konsum vor Ort stattfindet (Stichwort keine Sitzgelegenheiten oder Stehtische). Gemäss HGG 1 II ist das HGG anwendbar.
		Was bedeutet dies betreffend der Öffnungszeiten?	Grundsätzlich gilt für den Betrieb keine Einschränkungen betreffend Öffnungszeiten (HGG 2 I). HGG 9 ff. nennt die Ausnahmen, wie insbesondere HGG 9 III.
		Ist ein Take Away-Stand denn ein „Imbiss-Stand“?	Ich bin automatisch davon ausgegangen, da für mich „Take Away-Stand“ der englische Ausdruck für „Imbiss-Stand“ ist. Man müsste die Definition von „Imbiss-Stand“ aber natürlich genau prüfen.
		Wie würden Sie das prüfen?	Ich würde dies in den Materialien nachlesen.
		Was sind im Kanton Bern Gesetzesmaterialien?	Entwürfe, Diskussionen in den Räten etc.
		Seien Sie bitte noch etwas genauer.	Ratsprotokolle, Vernehmlassungsentwürfe, Stellungnahmen...
		Wie wird eine Gesetzesvorlage im Grossen Rat bearbeitet?	Die Kommissionen beraten sich. Die Protokolle dazu gelten ebenfalls als Materialien.
		Gibt es weitere Gesetzesmaterialien?	Der Regierungsrat übergibt die Vorlage dem Grossen Rat, mitsamt der Botschaft, welche „Vortrag“ genannt wird.
		Nehmen wir an, der Take Away-Stand gelte als Imbiss-Stand. Was bedeutet dies bezüglich der Öffnungszeiten?	Es gelten GGG 11 ff., d.h. nicht vor 5:00 Uhr morgens und bis spätestens 00:30 Uhr in der Nacht.
		Nehmen wir an, A halte sich nicht daran. Wer kontrolliert dies?	Die Gemeinde kontrolliert die Einhaltung der Öffnungszeiten (HGG 14).
		Was kann dagegen unternommen werden?	Das Geschäft kann für 3 Monate geschlossen werden.
		Wer macht das?	Wahrscheinlich die beco...
		Wer ist mit „sie“ in Art. 14 Abs. 3 HGG gemeint?	Die zuständige Stelle, nicht die Gemeinde.
		Wer ist die zuständige Stelle?	Gemäss HGV 15 i.V.m. HGG 25 ist es das Regierungsstatthalteramt.

		<p>Wer kann die Schliessung verfügen?</p> <p>Was sagen Sie zum Rechtsschutz nach HGV 17?</p> <p>Weshalb ist es möglich, dass eine andere Rechtsmittelinstanz vorgesehen wird?</p> <p>Wie wird im Kanton Bern der Begriff „Gesetzgebung“ ausgelegt?</p> <p>Ist die Änderung der Zuständigkeit in HGV 17 in Ordnung?</p> <p>Was sagen Sie zur HGG 25?</p>	<p>Das Verwaltungsgericht (HGG 27 mit Verweis auf das VRPG).</p> <p>Demnach ist die Rechtsmittelinstanz die Volkswirtschaftsdirektion.</p> <p>VRPG 62b sieht einen Vorbehalt vor.</p> <p>Eher im weiteren Sinne.</p> <p>Sie ist problematisch, da eine klare gesetzliche Grundlage nötig ist (Delegationsnorm).</p> <p>Der Artikel besagt, dass Ausführungsbestimmungen möglich seien. Vorliegend wird das Gesetz aber nicht nur ausgeführt, sondern die Verfügung geht darüber hinaus.</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Bähler J.	Sachverhalt: Die Polizei hat in der Nacht um 01:15 Uhr drei Männer aus Osteuropa bei einem Einbruchdiebstahl in flagranti erwischt. Dabei besteht ein Verdacht auf weitere Einbruchdiebstähle. Die Männer wurden festgenommen. Die erste Befragung war nicht sehr ergiebig. Wie geht es nun weiter?	Die Staatsanwaltschaft ist zu informieren, da diese weisungsbefugt ist. Die Staatsanwaltschaft gibt anschliessend Instruktionen und ordnet evtl. eine Untersuchungshaft (U-Haft) an.
		Was sind die Voraussetzungen für eine U-Haft?	Die U-Haft ist eine Zwangsmassnahme. Es ist ein Antrag ans Zwangsmassnahmengericht nötig.
		Das stimmt, formell. Mich würden eher die materiellen Voraussetzungen interessieren.	Materiell sind Haftgründe erforderlich, wie Flucht- oder Kollusionsgefahr. Zudem ist ein dringender Tatverdacht nötig.
		Welche gesetzlichen Haftgründe gibt es denn?	Die Haftgründe sind in StPO 221 geregelt. Es gibt folgende Haftgründe: <ul style="list-style-type: none"> - Fluchtgefahr - Kollusionsgefahr - Wiederholungsgefahr - Ausführungsgefahr
		Sie werden mit der amtlichen Verteidigung für einen der drei Männer beauftragt. Welches sind die Schritte in Bezug auf die U-Haft?	Es gelten StPO 224 ff. Die Staatsanwaltschaft befragt den Beschuldigten, um das rechtliche Gehör zu wahren. Sie beantragt innert 48 Std. (Ordnungsfrist) eine U-Haft oder eine Ersatzmassnahme. Evtl. findet eine Verhandlung statt. Schliesslich entscheidet das Zwangsmassnahmengericht.
		Zum rechtlichen Gehör nach StPO 224: Nehmen wir an, die Einvernahme wurde ohne Information der anwaltlichen Vertretung durchgeführt. Ist das Protokoll/die Beweiserhebung der Staatsanwaltschaft verwertbar?	Wichtig ist, ob eine Belehrung stattgefunden hat. Auch eine Rolle spielt, ob eine notwendige Verteidigung vorliegt. Es müsste eine Wiederholung unter Anwesenheit des Anwaltes vorgenommen werden. Das Protokoll der (ersten) Einvernahme wäre unverwertbar. Es würde aus den Akten genommen werden, bis zum Verfahrensende separat unter Verschluss gehalten und anschliessend vernichtet werden.
		Gelten bei bedingter Verwertbarkeit Fristen?	Es müsste einfach nach dem Grundsatz von Treu und Glauben beurteilt werden (Bundesgerichtspraxis).
		Warum lädt das Zwangsmassnahmengericht zu einer mündlichen Verhandlung (statt eines schriftlichen Vorgehens) ein?	Es besteht ein Recht, persönlich aufzutreten.
		Hat die amtliche Verteidigung für Verhandlungen vor dem Zwangsmassnahmengericht ein Akteneinsichtsrecht?	Ja.

		<p>Wann ist der späteste Zeitpunkt, in welchem Sie als amtlicher Verteidiger die gesamten Akten der Staatsanwaltschaft einsehen könnten?</p> <p>Was ist, wenn die Staatsanwaltschaft Ihnen die Einsicht verwehren würde?</p> <p>Gibt es für die Privatklägerschaft die Möglichkeit zur Fragestellung bei der Verhandlung vor dem Zwangsmassnahmengericht (StPO 107 I b, StPO 147 I; Teilnahmerechte)?</p> <p>Nehmen wir an, die Kollusionsgefahr sei weiterhin hoch. Können Sie als amtlicher Verteidiger bei der Einvernahme der beiden anderen Männer dabei sein?</p> <p>Gilt StPO 147 auch für polizeiliche Einvernahmen?</p> <p>Wie könnte die Staatsanwaltschaft StPO 147 aushebeln?</p> <p>Nehmen wir an, es werde wahrscheinlich eine bedingte Freiheitsstrafe ausgesprochen. Was könnten Sie tun?</p> <p>Gibt es verschiedene Verhandlungsmöglichkeiten im Verhältnis Haftdauer vs. bedingte/unbedingte Freiheitsstrafe?</p>	<p>Nach der ersten Einvernahme und Beweiserhebung, vgl. StPO 101 I.</p> <p>Ich würde Beschwerde bei der Beschwerdekammer des Obergerichts erheben (StPO 391 ff.).</p> <p>Nein. Es gilt ein Ausschluss der Privatklägerschaft, da die Verhandlung nicht parteiöffentlich ist (StPO 225 I).</p> <p>Es gilt StPO 147 I.</p> <p>Nur wenn die Einvernahme von der Staatsanwaltschaft delegiert worden ist; sonst nicht.</p> <p>[Antwort vom Examinator:] Sie könnte die Verfahren getrennt führen, wobei die jeweiligen Beschuldigten keine Parteistellung mehr hätten.</p> <p>Ich würde ein Haftentlassungsgesuch stellen. Dies ist (grundsätzlich) jederzeit möglich (StPO 228; Abs. 5 als Ausnahme).</p> <p>Nein, dies spielt (gemäss Bundesgericht) keine Rolle.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Güngerich	<p>Verbal: Kurzer Sachverhalt wird vorgelegt.</p> <p>Es stellt sich vorliegend insbesondere die Frage der Frist. Was können Sie mir dazu sagen?</p> <p>Gilt der Verlustschein noch?</p> <p>Es wurde also nun Rechtsvorschlag erhoben. Wie geht es weiter?</p> <p>Welches Gericht ist zuständig?</p> <p>Welches Gericht ist im Kanton Bern folglich zuständig?</p> <p>Was prüft das Gericht?</p> <p>Was geschieht, wenn kein neues Vermögen vorhanden ist?</p> <p>Wo liegt der „Pferdefuss“ im vorliegenden Sachverhalt? (Es handelt sich nicht um die Daten.) (SchKG 265a)</p> <p>Wo befinden wir uns vorliegend?</p> <p>Pfändungsverlustschein vs. neues Vermögen?</p> <p>Was erhält der Gläubiger?</p> <p>Nun zum Rechtsmittelweg, wenn der Rechtsvorschlag nicht bewilligt wird.</p> <p>Gibt es neben der Klagemöglichkeit auch andere Rechtsmittel?</p> <p>Wenn es der Schuldner nun „wissen will“, wie</p>	<p>Es gilt eine 6-monatige Frist. Vorliegend ist über 1 Jahr vergangen.</p> <p>Ja, da ein solcher 20 Jahre gültig ist.</p> <p>Es wird dem Betreibungsamt vorgelegt, welches die Parteien anhört und dann entscheidet (SchKG 465 ff. bzw. insbesondere SchKG 465 a).</p> <p>Es gilt das Summarverfahren (ZPO 251 b). Das erstinstanzliche Gericht am Betreibungsort ist zuständig.</p> <p>Das Regionalgericht.</p> <p>Es prüft (summarisch), ob ein Pfändungsverlustschein vorliegt, ob dieser allenfalls verwirkt ist und anderweitige Fragen.</p> <p>Gemäss Abs. 2 hat der Schuldner glaubhaft zu machen, dass er zu keinem neuen Vermögen gekommen ist.</p> <p>Der Rechtsvorschlag wird bewilligt.</p> <p>Der Gläubiger betreibt mit einem Verlustschein. Und zwar, weil er teilweise seine Forderung nicht gedeckt hat.</p> <p>Im Pfändungsverfahren, nicht im Konkurs. Der Rechtsvorschlag muss entsprechend gar nicht bewilligt werden.</p> <p>Es ist ein Rechtsöffnungsbegehren zu stellen und festzustellen, ob ein Pfändungssubstrat vorhanden ist.</p> <p>Einen Pfändungsverlustschein.</p> <p>Gemäss Abs. 3 ist der Umfang des neuen Vermögens festzustellen. Allenfalls ist eine Klage auf Bestreitung des neuen Vermögens zu stellen.</p> <p>Nein.</p> <p>Es ist gegen den Gläubiger ein Gesuch zu stellen (Feststellungsgesuch).</p>

		<p>weiter? (SchKG 265a IV)</p> <p>Was ist bezüglich des Gesuches zu tun?</p> <p>Ist ein Schlichtungsgesuch nötig?</p> <p>Wie sieht das Vorgehen aus?</p> <p>Gehen wir davon aus, dass der Gläubiger eine juristische Person ist. Ist allenfalls das Handelsgericht zuständig?</p> <p>Gibt es gegen das Urteil des Regionalgerichts Rechtsmittel?</p> <p>Gibt es eine Weiterzugmöglichkeit nach dem Obergericht?</p> <p>Und wie würde es bei einem höheren Streitwert aussehen?</p> <p>Nehmen wir einen Konkursverlustschein an. Es wird Rechtsvorschlag wegen fehlendem neuen Vermögen erhoben. Das Gericht stellt fest, dass kein neues Vermögen vorhanden ist. Der Schuldner erklärt sich nun als insolvent. Weshalb wird eine Insolvenzerklärung abgegeben?</p> <p>Was könnte problematisch sein?</p>	<p>Es ist beim Regionalgericht eine negative Feststellungsklage einzureichen.</p> <p>Nein, dieser Fall ist ausgenommen (ZPO 198e Ziff. 7).</p> <p>Es ist innert der Frist von 20 Tagen beim Regionalgericht gegen den Gläubiger zu klagen.</p> <p>Gestützt auf ZPO 5 nicht, da es sich um eine betreibungsrechtliche Sache handelt. Zu prüfen wäre noch die Streitwertgrenze von CHF 30'000.-.</p> <p>Grundsätzlich gibt es die Berufung und die Beschwerde. Für die Berufung gilt ein Streitwert von mindestens CHF 10'000.00. Ein Endentscheid ist vorliegend ja gegeben. Ausnahmen bzw. Ausschlussgründe liegen keine vor.</p> <p>Bei einem Streitwert von CHF 20'000.00 nicht.</p> <p>Dann gibt es diese Möglichkeit (BGG 72 II betreffend SchKG-Sachen).</p> <p>Damit sich der Schuldner wirtschaftlich erholen kann.</p> <p>Man müsste prüfen, ob Rechtsmissbrauch vorliegt und auch, ob bereits ein Verfahren hängig ist.</p>
--	--	--	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	Worum geht es bei der Eigenmietwertbesteuerung?	Dabei wird das Wohneigentum als Einkommen besteuert, da ein Eigentümer keine Miete bezahlen muss.
		Umschreiben Sie bitte das Steuerobjekt.	Steuerobjekt sind die Wohnkostensparnisse.
		Was wird vom Vermögenswert besteuert?	Die Wohnnutzung.
		Wer nutzt das Wohneigentum?	Der Eigentümer selber.
		Was ist die Legitimation der Eigenmietwertbesteuerung?	StG (Steuergesetz) 25 I als ausdrückliche Regelung.
		Wäre das Wohneigentum steuerfrei, wenn diese ausdrückliche Regelung nicht vorhanden wäre?	Es wäre zuerst noch zu prüfen, ob die Generalklausel als genügende gesetzliche Grundlage greift.
		Wo befindet sich diese Generalklausel?	StG 19 I. Unter die Naturalbezüge aller Art fällt auch das Einkommen. Eine Selbstnutzung der Wohnung ist vorliegend gegeben.
		Können Sie mir weitere Naturalbezüge nennen?	Eine Steuer benötigt (gemäss Verfassung) immer eine gesetzliche Grundlage. Die freie Verpflegung oder Unterkunft.
		Wird beim Gebrauch eines Autos auch eine Steuer erhoben?	Eine Einkommenssteuer nicht, nein.
		Welche Abzüge sind mit dem Eigenmietwert der Wohnung verbunden?	Die Unterhaltskosten (Unterscheidung zwischen wertvermehrenden und werterhaltenden Kosten), der Hypothekarzins, Schuldzinsen, Versicherungsprämien...
		In der Politik wird ein Systemwechsel – also die Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung – diskutiert. Was würde das bedeuten?	Dies würde bedeuten, dass keine Abzüge mehr geltend gemacht werden könnten.
		Wer würde davon profitieren?	Diejenigen, die stärker verschuldet sind, zahlen höhere Zinsen und können entsprechend mehr abziehen. Diese Personen profitieren vom jetzigen System.
		Wäre ein Systemwechsel besser?	Ein Systemwechsel würde mehr Schulden nach sich ziehen, was ich als Risiko sehe.
		Wie werden die steuerbaren Eigenmietwerte bestimmt?	Sie werden regional bestimmt. Teure(re) Wohnungen sind bspw. in Stadtgebieten zu finden. Auch der Zustand der Wohnung spielt eine Rolle.
		Wären Mieter vom Systemwechsel ebenfalls betroffen?	Direkt wären sie nicht betroffen, nein.

		<p>Worin liegt die Legitimation der Besteuerung des Eigenmietwertes?</p> <p>Neuer Fall: X möchte eine steuerrechtliche Beratung. Er plant den Kauf einer Wohnung für nur CHF 400'000.00. Wiederum sind aber Renovationen von CHF 300'000.00 geplant. Was würden Sie mit X steuerrechtlich besprechen?</p>	<p>Sie liegt darin, dass eine Gleichstellung von Mieter und Eigentümer angestrebt wird (Stichwort Rechtsgleichheit). Einige würden sonst Mieten bezahlen und andere nicht.</p> <p>Ich würde X darüber informieren, dass Handänderungssteuern anfallen, diese aber allenfalls auch aufgeschoben werden könnten. Weiter ist auffallend, dass der Zustand des Hauses schlecht ist, weshalb ich X über die Dumont-Praxis informieren würde.</p>
--	--	---	---